



WWF Bern

Bollwerk 35  
3011 Bern

Tel.: ++41 (0)31 312 15 79  
Fax: ++41 (0)31 312 24 02  
wwf-be@bluewin.ch  
www.wwf-be.ch  
www.wwf.ch  
www.panda.org  
PC 30-1623-7

Bern, 31. August 2021

Nadine Masshardt, Co-Präsidentin WWF Kanton Bern und SP Nationalrätin  
*Es gilt das gesprochene Wort*

Der aktuelle, extreme Sommer zeigt einmal mehr: Beim Klimaschutz braucht es mutige Schritte und diese lohnen sich auch wirtschaftlich. Wenn wir unser Klima schützen, ist dies also Notwendigkeit und Chance zugleich – für Mensch, Umwelt und für unsere Wirtschaft. Nichtstun hingegen kommt uns alle sehr teuer zu stehen. Als einzelne Bürgerin, als Wirtschaft und damit am Ende auch als Staat.

Die Klimakrise gefährdet unsere Lebensgrundlage. Das Alpenland Schweiz erwärmt sich doppelt so stark wie der weltweite Durchschnitt. Machen wir weiter wie bisher, geht der Bund in seinem Klimazenerienbericht CH2018 bis im Jahr 2085 von einer erheblichen Zunahme der Wetterextremereignissen aus. Es drohen also mehr Hitzewellen, Stürme oder Niederschläge und damit Hochwasser.

Für die Wirtschaft bedeutet dies Produktivitätsrückgänge durch Hitzestress, enorme zusätzliche Kosten z.B. für den Tourismus wegen weiterem Schneemangel oder auftauendem Permafrost mit Folgeschäden in Siedlungen, Bahnlinien oder Strassen. Sturm- und Hochwasserschäden laufen zunehmend auch aus dem Ruder.

Gerade kleine Unternehmen und die Bevölkerung in exponierten Lagen treffen häufigere Extremereignisse besonders stark. Die Folgen eines ungebremsten Klimawandels bedrohen unsere Wirtschaft, unser Zuhause und unsere Sicherheit.

So weit muss es aber nicht kommen. Wir können den Folgen des Klimawandels mit gezielten Investitionen und Massnahmen entgegenwirken. Dazu braucht es hier im Kanton Bern ein Ja zum vorliegenden Verfassungsartikel.

Schützen wir das Klima bei uns im Kanton Bern, stärken wir damit erst noch das lokale Gewerbe und schaffen dezentral Arbeitsplätze, statt dass wir weiter wie bisher Jahr für Jahr Milliarden Franken für Öl und Gas im Ausland auszugeben.

Gerade nach dem bedauerlichen knappen Nein zum CO<sub>2</sub>-Gesetz am 13. Juni sind Klimaschutz-Bestrebungen in den Kantonen und Gemeinden wichtiger denn je. Wir müssen vorwärts machen, wenn wir künftigen Generationen eine lebenswerte Umwelt hinterlassen wollen. Dass die Zeit drängt, zeigt nicht zuletzt auch der jüngste Bericht des Weltklimarates (IPCC). Handeln wir jetzt.

Der Abstimmungskampf, aber auch die Umfragen nach dem 13. Juni zeigen, dass die Gegnerinnen und Gegner des CO<sub>2</sub>-Gesetzes nicht gegen Klimaschutz waren. Sie wehrten sich vor allem gegen einzelne Massnahmen.

Gemäss der Abstimmungsanalyse von gfs.bern im Nachgang zur CO<sub>2</sub>-Abstimmung möchte die Mehrheit aller Abstimmenden – 68 Prozent –, dass jetzt entschiedener gegen den Klimawandel vorgegangen wird. Über das «wie» besteht jedoch bekanntlich grosse Uneinigkeit.

Die Diskussion zum Klimaschutz-Artikel in der bernischen Verfassung sowie auch die Debatten rund um die Gletscherinitiative auf nationaler Ebene müssen darum nun genutzt werden, um aufzuzeigen, welche Chancen die Umstellung auf eine klimaverträgliche Energieversorgung und Wirtschaft bietet. Der Kanton Bern kann und soll hier Pionier sein.

Wollen wir unseren Kanton, wollen wir die Schweiz fit für die Zukunft machen, müssen wir jetzt die Weichen richtigstellen und unsere Infrastruktur umbauen. Investieren wir also am 26. September in die Zukunft unserer Kinder und Grosskinder.